

Luzerner Tagblatt

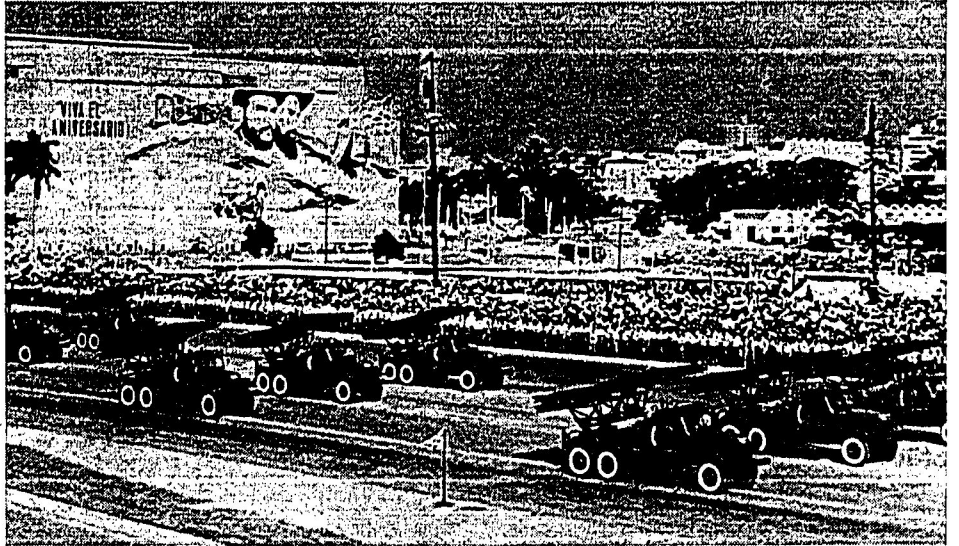
Griechisches Flugzeug entführt

Fünf Tote auf der Berninastraße

Josef Haas ausgezeichnet



2
9
11



Am 2. Januar 1959, also vor zehn Jahren, konnten Fidel Castro und seine Anhänger den endgültigen Sieg über das Regime des Diktators Batista feiern, als sie die Hauptstadt der Zuckerinsel, Havanna, besetzten. Unser Bild: mit einer Militärparade und einer Rede Castros feiern die kommunistischen Kubaner den zehnten Jahrestag ihres sozialistischen Experiments. Keystone

Zehn Jahre Fidel Castro

Ein Jahrzehnt ist vergangen, seit Fidel Castro als Sieger in Havanna einzog. Der Diktator Fulgencio Batista war am 31. Dezember 1958 geflohen, Kuba und die Welt sahen in dem jungen Rechtsanwalt, der jahrelang gegen Unterdrückung und Unrecht gekämpft hatte, einen Freiheitshelden. In den Vereinigten Staaten wurden Bärte verkauft, Kinder hängten sie sich um und spielten «Castro».

Die bittere Enttäuschung ließ nicht auf sich warten. Schon in den Bergen hatten kommunistische Spitzfunktionäre Kontakt mit Castro aufgenommen und ihre Organisation stand bereit. In kürzester Zeit trat der berühmte Sicherheitsdienst in Tätigkeit, wurden die Gewerkschaften zerschlagen, die Universitäten besetzt und alle Schlüsselstellungen von Kommunisten eingenommen. Kuba kam in den Würgegriff der roten Diktatur. In den ersten Monaten wurden über 1300 Menschen als «Gegenrevolutionäre» erschossen, wanderten unzählige Tausende in die Gefängnisse.

John Kennedy, damals Senator, warnte «vor der kommunistischen Gefahr, die 90 Meilen vor unserer Küste aufgetaucht ist». Als Präsident genehmigte er im April 1961 eine Invasion, verweigerte aber im entscheidenden Augenblick aus undurchsichtigen Gründen die Unterstützung aus der Luft, so daß die 1400 Mann schutzlos vor den Küstenverteidigungen Castros standen. Dieser unglückliche Invasionsversuch belastete nicht nur die Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika, er leistete Castro den unschätzbaren Dienst, seine Gegner auf der Insel davon zu überzeugen, daß Widerstand nutzlos sei.

Am 1. Mai 1961 proklamierte Castro die «Sozialistische Republik», und die Sowjetunion begann, Kuba aufzurüsten und wirtschaftlich zu unterstützen. Die Installation von Raketenbasen führte im Herbst 1962 zur großen Kubakrise, welche die Welt an den Rand eines globalen Krieges brachte. Kennedy konnte den Rücktransport der Raketen erzwingen, aber nicht Castros Stellung erschüttern. Kuba ist heute eine waffenstarrende Insel; die 50 000 Mann des Heeres und die 250 000 Milizsoldaten sind die bestgerüsteten Streitkräfte in ganz Lateinamerika. Kubanische Radiosender, die stärksten der Hemisphäre, richten pausenlos revolutionäre Aufrufe nach Lateinamerika. In den zehn Jahren, die er an der Macht ist, hat Castro schätzungsweise 300 Millionen Dollar für «Befreiungskriege» ausgegeben. Tausende von Lateinamerikanern erhielten in Kuba Ausbildung in Guerillataktik, in zwölf Ländern wurden Revolutionsversuche unternommen.

Die einzigen Erfolge, die Castro im Dienste seines Landes vorweisen kann, liegen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. Das Volkseinkommen je Einwohner ist vom dritten Platz, den es 1959 in Lateinamerika einnahm, auf den achten Platz zurückgefallen. Die wichtigsten Bedarfsartikel sind rationiert; einem Kubaner stehen monatlich nur ein Viertelt kilo Fleisch und einhalb

Kilo Reis zu. Nachdem im März der Einzelhandel und das Kleingewerbe verstaatlicht wurden, ist die Lage nicht besser geworden. Die Produktion von Reis, dem Hauptnahrungsmittel der Kubaner, sank von 250 000 Tonnen im Jahre 1958 auf 50 000 Tonnen im Jahr 1967.

Die Sowjetunion mißbilligte die Pläne Castros, Kuba zu einem Industriestaat zu machen. Im Rahmen der «Arbeitsteilung» im Ostblock wurde ihm 1963 die Rolle des Zuckerlieferanten zugewiesen, und Moskau ging eine Abnahmeverpflichtung bis 1970 zum Preis von 56,7 Rappen pro Kilo ein. Es schien ein glänzendes Geschäft für die Sowjets, da der Weltmarktpreis damals 76,72 Rappen pro Kilo betrug. Inzwischen ist der Zuckerpreis jedoch ins Bodenlose gesunken, im Juni 1968 betrug er auf dem Weltmarkt nur noch 15,60 Rappen. Kuba kostet daher die Sowjetunion, einschließlich der Militärhilfe, jährlich 1,5 bis 1,7 Milliarden Franken, ohne daß die Russen deswegen dort beliebter geworden sind. Die Beziehungen zwischen Havanna und Moskau sind frostig. Kuba brüskierte die Sowjetunion mit der Entsendung eines Delegierten von untergeordnetem Rang zu den Feiern des 50. Jahrestags der Revolution in Moskau, und Castro hat als letzter der kommunistischen Machthaber die Invasion der Tschechoslowakei gutgeheißen. Der Brückenkopf in Amerika ist den Russen aber das Geld und der Aerger wert. Die Organisation Amerikanischer Staaten hat den wirtschaftlichen Boykott über Kuba verhängt und seine Mitgliedschaft vorläufig aufgehoben, alle Republiken, mit Ausnahme Mexikos, haben die diplomatischen Beziehungen zu Castro abgebrochen. Trotz des nordamerikanischen Drucks wickelt Kuba aber immer noch 20 Prozent seines Außenhandels mit Ländern der freien Welt ab, unter denen auch eine Anzahl NATO-Mitglieder sind. Ist Castro heute noch eine ernste Gefahr? Sicher eine geringere, als er es erwartet hat. Die lateinamerikanischen Truppen sind auf den Partisanenkrieg eingestellt, von Costa Rica bis Argentinien haben Offiziere und Soldaten Kurse in der «Guerilla-Schule» der USA in der Kanalzone von Panama absolviert. Nordamerikanische Spezialisten sind in vielen Ländern tätig, auch die bolivianischen Soldaten, die «Ché» Guevara fingen, waren von US-Instrukteuren ausgebildet. Alle Versuche, «Vietnam» in Lateinamerika zu entfesseln, sind fehlgeschlagen.

Castro und Guevara begingen zwei fundamentale Irrtümer: Sie unterschätzten die lateinamerikanischen Soldaten und glaubten, daß die Bauern leicht für eine Revolution nach kubanischer Art zu gewinnen seien. In Wirklichkeit hatte es in Kuba keine Bauernrevolution gegeben. Die Bauern unterstützten zwar Castro während der Kämpfe in der Sierra Maestra, aber der Wendepunkt kam, als die Soldaten plötzlich massenweise desertierten. «Ché» Guevara mußte in Bolivien Leute anwerben. In seinem Tagebuch schrieb er, «die Bewohner dieser Region sind undurchdringlich wie

Verurteilung Israels im Sicherheitsrat

Androhung weiterer Schritte bei Wiederholung von Angriffen - Israels Parlament betont demgegenüber den Akt der Selbstverteidigung und das Recht, Verletzungen der Freiheit des Luftverkehrs zu schützen - Die Entscheidung des Sicherheitsrates hat keine Beruhigung der Spannung im Nahen Osten gebracht, wo über das Jahresende arabische Terrorakte weitere israelische Opfer forderten

(UPI) Israel ist in der Silvesternacht wegen seines Vergeltungsschlages gegen den Flughafen von Beirut vom Sicherheitsrat verurteilt worden. In der vom Rat einstimmig angenommenen Resolution wird dem Libanon ferner das Recht auf angemessene Entschädigung zugesprochen. Sanktionen gegen Israel, wie sie vom Libanon verlangt worden waren, verhängte der Sicherheitsrat nicht.

Die Entschließung des Rates ist unmittelbar nach ihrer Annahme von Israel zurückgewiesen worden. Der israelische Uno-Botschafter Joseph Tekoah erklärte, der Sicherheitsrat habe das fundamentale Prinzip der Vereinten Nationen, das der Gleichheit aller Mitgliedstaaten, ignoriert. Die Resolution widerspreche der Charta und könne deshalb von Israel nicht akzeptiert werden. Für Israel sei die Entschließung des Rates ein erneuter Hinweis, daß es seine Rechte und legitimen Interessen selbst verteidigen müsse. Wenn die arabischen Länder diese Entschlossenheit Israels erkennen und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen, sagte Tekoah, werde der Frieden im Nahen Osten einziehen.

Als nicht weitgehend genug wurde die Resolution von der Sowjetunion kritisiert. Deren Delegierter Maik bezeich-

nete die Entschließung als «schwach und ungenügend».

Steine. Man spricht zu ihnen, und in der Tiefe ihrer Augen sieht man, daß sie einem nicht glauben.»
Trotz seiner Fehlschläge, hat Castro jedoch große Bedeutung als Symbol: Er allein hat den magischen Namen, das Gesicht, die Stimme. Er hat es verstanden, seine Bindungen mit Moskau als echte Unabhängigkeit darzustellen, und eine große Zahl von Lateinamerikanern glaubt ihm immer noch, daß sein Programm sozialen Fortschritt bedeutet. Es kann als Phänomen angesehen werden, daß seine Anhänger dem Verlust jeder persönlichen Freiheit wenig Bedeutung beimessen. Bedeutung für sie hat nur der Umstand, daß Castro in Kuba die Revolution gemacht hat, also auch andere sie in anderen Ländern machen können. Daß Reformen nicht mehr genügen, sondern daß eine «radikale Lösung» nötig sei.

Andererseits wird mit gefährlicher Kurzsichtigkeit in vielen lateinamerikanischen Staaten versucht, die tiefe soziale Unruhe als eine von Castro oder Moskau angezettelte Verschwörung hinzustellen und sie mit Gewalt zu unterdrücken, anstatt die schreienden Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Seit der Raketenkrise von 1962 gilt die Kennedy-Doktrin. Sie besagt, daß die USA keine militärische Aktion gegen die «friedliche» Expansion der Sowjets in Kuba und dessen «defensive» Aufrüstung unternehmen werden. Solange die Sowjetunion Kuba nicht als Angriffsbasis benutzt, wird also die Insel als ihr legitimer Machtbereich angesehen. — Die ständige Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft verschlingt Energien und riesige Geldmittel, die dem Fortschritt zugute kommen könnten. Kennedys berühmtes Wort «Kuba ist ein Knochen, der uns im Hals stecken geblieben ist», gilt weiter. Die Halsschmerzen, die er verursacht, sind ein Dauerzustand geworden.

Guillermo Baumfeld

neto, die Entschließung als «schwach und ungenügend».
Der Annahme der Resolution waren zwei Sitzungen des Sicherheitsrates vorgegangen. Die Sondersitzung war vom Libanon beantragt worden, nachdem Israels den Beirut Flughafen angegriffen und 13 libanesische Verkehrsflugzeuge zerstört hatten. Die Aktion war von Israel als Vergeltung für den Anschlag auf ein Flugzeug der israelischen Fluggesellschaft «El Al» in Athen durchgeführt worden.

Auf die von Israel vorgebrachte Beschwerde wegen dieses Anschlags ging der Sicherheitsrat nicht ein. Er befahl sich nur mit der Aktion gegen Beirut und erklärte, solche «vorbedachte Ge-

Negative Reaktion in Tel Aviv

(AFP) Das israelische Parlament hat mit 70 Stimmen gegen eine Stimme und bei zwei Enthaltungen folgende Resolution gutgeheißen:

1. Der Angriff gegen das «El Al»-Flugzeug vom 26. Dezember auf dem Athener Flughafen ist ein krimineller Akt, der darauf abzielte, Tutzende von Menschen umzubringen und durch Einschüchterung die Tätigkeit der israelischen Zivilluftfahrt lahmzulegen.

2. Dieses Verbrechen ist von Mitgliedern terroristischer Organisationen verübt worden, die von arabischen Staaten und Regierungen ermutigt und unterstützt werden. Die Angreifer kamen aus Beirut, wo sich das Hauptquartier ihrer Organisation befindet und wo deren «Sieges»-Meldungen veröffentlicht wurden. Die arabischen Regierungen, die terroristische Organisationen erlauben, auf ihrem Staatsgebiet derartige verbrecherische Aktionen zu planen und vorzubereiten, tragen die volle Verantwortung für die gegen Israel begangenen Angriffshandlungen.

3. Der Luftangriff der israelischen Kommandos gegen den Flughafen von Beirut war ein Akt der Selbstverteidigung, der den Zweck verfolgte, weitere mörderische Attacken gegen die zivile Luftfahrt Israels und anderer Länder zu verhindern.

4. Die Knesseth anerkennt die Beweglichkeit und den Mut, mit denen die israelischen Streitkräfte gehandelt haben, und auch die Vorsicht, mit der der Befehl ausgeführt worden ist, die Gefährdung von Menschenleben zu verhindern.

5. Die Knesseth ist vom Recht jeder Regierung und jedes Staates überzeugt, so zu handeln, daß jede Verletzung der Freiheit des Luftverkehrs verhindert wird.

6. Die Sicherheit der internationalen Luftverkehrslinien ist von vitalem Interesse für die Welt.

7. Die Knesseth stellt mit Bedauern die Tendenz fest, das verbrecherische Attentat gegen die «El Al»-Maschine zu vernichten oder zu ignorieren. Die Knesseth widersetzt sich entschlossen jeder Tendenz, die darauf abzielt, Israel des Rechtes der legitimen Verteidigung gegen Angriffe auf seine Zivilluftfahrt oder auf das Leben seiner Bürger zu berauben.

Trotz der Verurteilung und der Warnung Israels durch den Sicherheitsrat

waltakte» gefährdeten die Aufrechterhaltung des Friedens. Der Rat richtete an Israel eine «ernste Warnung», er werde bei Wiederholung solcher Angriffe weitere Schritte gegen Israel unternehmen.

Ueber die Höhe der dem Libanon zugestandenen Schadenersatzforderungen sagt die Entschließung des Sicherheitsrates nichts. — Die israelische Aktion war von seiten der USA, Großbritannien und Frankreichs ebenfalls als «unangemessen» verurteilt worden. Der amerikanische Botschafter Wiggins verwahrte sich jedoch gegen verallgemeinernde Angriffe auf Israel, die mit der israelischen Militäraktion nichts zu tun hätten.

bleibt der Eindruck, daß Israel erneut auf Anschläge palästinensischer Kommandos reagieren wird. Außerdem hat die Tatsache, daß der Sicherheitsrat die Anschläge der palästinensischen Kommandos nur bedauert habe, in Tel Aviv lebhaften Unwillen hervorgerufen. — Selbst Kreise, die gegenüber dem israelischen Überfall auf den Beirut Flughafen gewisse Bedenken angemeldet hatten, wandten sich gegen die Verurteilung Israels durch den Sicherheitsrat, da diese Maßnahme die Palästinenser nur zur Verstärkung ihrer Aktivität ermuntere. Außerdem würde dadurch die Position der «harten» Israelis verstärkt. Die Zunahme der Zwischenfälle an den israelischen Grenzen — zehn innerhalb der letzten 24 Stunden — scheint diese Thesen zu erhellen. Die Verschlechterung der Lage an den Grenzen bringt Israel in ein schweres Dilemma. Falls nämlich die israelischen Streitkräfte zurückschlagen sollten, riskiert der Staat — erstmals in seiner Geschichte — Sanktionen seitens des Sicherheitsrates.

De Gaulle versichert Libanon der «vollen Unterstützung»

(AFP) Präsident de Gaulle nahm am Mittwoch am Elysée in Paris die Neujahrswünsche des diplomatischen Korps entgegen. De Gaulle kam in seiner Antwortrede auf die Konflikte in der Welt zu sprechen und verurteilte den israelischen Vergeltungsschlag gegen den Flughafen von Beirut scharf. Solche Vorkommnisse bedrohten den Weltfrieden, sagte de Gaulle. Die Aufgabe der verschiedenen Staaten sei es, mit allen Mitteln für den Ausgleich zu sorgen, eine Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit zu verfolgen. Im Verlaufe der Feier unterhielt sich der Präsident mit dem libanesischen Botschafter Takla und versicherte ihm die volle Unterstützung Frankreichs bezüglich des israelischen Angriffs.

Einseltige päpstliche Anteilnahme

(AFP) Der israelische Kultusminister Zerah Warhaftig hat in einer Erklärung, die dem Organ der National-religiösen Partei, der Warhaftig angehört, den Papst kritisiert. Er schrieb: «Paul VI. sah sich bemüht, eine Botschaft des Mitfühlens an Libanon zu übermitteln, obwohl dort kein Blut geflossen ist. In tragischeren Fällen hat er geschwiegen.